

Generalsekretär Volker Rühle:

## CDU jetzt auch in den Rathäusern der DDR stärkste politische Kraft

Nach den ersten freien und demokratischen Kommunalwahlen ist die CDU jetzt auch in den Rathäusern der DDR die stärkste politische Kraft. Angstkampagnen und Tricks der Sozialisten haben nicht gefruchtet. Der Sozialismus versagt auf dem Weg zur deutschen Einheit immer mehr. Das Schüren von Ängsten durch die Sozialisten hat keine Chance.

Die Wähler haben die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion positiv bewertet. Das Ergebnis ist eine breite Unterstützung der Arbeit von Ministerpräsident Lothar de Maizière und Bundeskanzler Helmut Kohl.

In ganz Deutschland ist die CDU jetzt deutlich die stärkste politische Kraft. Die Wähler sehen in ihr die Partei, die mit deutschlandpolitischer Konsequenz, wirtschaftspolitischer Kompetenz und außenpolitischer Zuverlässigkeit den Einigungsprozeß vollendet.

Der Ausgang der Kommunalwahlen ist für die CDU ein hervorragendes Ergebnis und bedeutet eine gute Grundlage für den weiteren Aufbau. Denn noch ist die CDU infolge der kurzen Zeit bis zur Kommunalwahl erst in 70 Prozent der kommunalen Wahlkreise in der DDR angetreten. Beim Wahlausgang spielen die geringere Wahlbeteiligung und das Abschneiden örtlicher Gruppierungen eine Rolle, die Gesamtwertung des

(Fortsetzung Seite 2)

### HEUTE AKTUELL

#### ● Deutschland

Bundeskanzler Helmut Kohl: Gefragt sind jetzt Mut, Phantasie und Tatkraft. Aus der Regierungserklärung vom 10. Mai. Seite 3

#### ● Abrüstung

Alfred Dregger begrüßt Abzug der nuklearen Rohrartillerie. Seite 5

#### ● Arbeitsmarkt

Das ist Rekordbeschäftigung! Seite 7

#### ● Krankenversicherung

Horst Seehofer: Die Gesundheitsreform ist auf Erfolgskurs. Seite 13

#### ● Dokumentation

Leitsätze zur Weiterbildung. Grüner Teil

### DDR-Kommunalwahlen

Die Zahlen des vorläufigen Endergebnisses der Kommunalwahlen in der DDR am 6. Mai finden Sie auf den Seiten 11 und 12.

## Deutliches Votum für den ausgehandelten Staatsvertrag

**Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wertet das Ergebnis der Kommunalwahlen in der DDR als deutliches Votum für den ausgehandelten Staatsvertrag der beiden deutschen Regierungen und als Vertrauensbeweis für die Politik von Bundeskanzler Helmut Kohl. Das Ergebnis der Kommunalwahl wirkt nicht nur stabilisierend auf Demokratie und Freiheit in der DDR, sondern beschleunigt auch die deutsche Einheit.**

Die bevorstehende Wirtschafts- und Währungsunion hat eine außerordentlich hohe Zustimmung erhalten. Ins Auge fällt auch der Erfolg der Parteien, die nach Artikel 23 GG einen zügigen Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland wollen, die die Soziale Marktwirtschaft in der DDR einführen und die erstmals der Rechtsstaatlichkeit in der DDR zum Durchbruch verhelfen.

Insbesondere hat auch die Politik Lothar de Maizières eine solide Bestätigung erhalten. Die CDU tritt wieder als stärkste politische Kraft hervor, obwohl sie diesmal nur in 70 Prozent

der Wahlkreise antrat. Auch die Ost-SPD kann aus den Kommunalwahlen die Erfahrung mitnehmen, daß sich für sie das konstruktive Mitwirken am Einigungsprozeß positiv auswirkt.

Trotz ihrer Verluste ist das Abschneiden der marxistisch-sozialistischen PDS nach wie vor äußerst bedenklich. Der Wahlkampf dieser Partei bestand aus einer puren Verunsicherungskam-

---

Friedrich Bohl, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zum Ausgang der Kommunalwahlen in der DDR

---

pagne mit dem Ziel, den Menschen Angst zu machen. Leider gab es hierzu auch — gewollt oder ungewollt — Stichwortgeber aus den Reihen der Opposition und aus Kreisen der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert alle demokratischen Kräfte in der DDR dazu auf, jegliche Koalitionsangebote der PDS auf der kommunalen Ebene abzulehnen. Die Solidarität der Demokraten sollte sich gerade auch jetzt bewähren.

*(Fortsetzung von Seite 1)*

Ergebnisses macht aber deutlich, daß die CDU bei gesamtdeutschen Wahlen gute Chancen hat, ähnlich wie bei der Volkskammerwahl abzuschneiden. Für die CDU kommt es jetzt besonders darauf an, die großen Chancen und Perspektiven, die in der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion liegen, deutlich zu machen. Insbesondere muß den Bauern

die Angst vor der Zukunft genommen werden. Die Übergangsprobleme auf dem Weg zur Sozialen Marktwirtschaft müssen ausgeräumt werden.

Die CDU wird den Schwung des Einigungsprozesses und die breite internationale Zustimmung voll nutzen und gemäß dem Wählerauftrag den Weg zur deutschen Einheit rasch und konsequent vollenden.

Bundeskanzler Helmut Kohl:

# Gefragt sind jetzt Mut, Phantasie und Tatkraft

Im innerdeutschen Einigungsprozeß haben wir in der letzten Woche einen entscheidenden Durchbruch erreicht. Nach intensiven Verhandlungen haben wir uns mit der Regierung der DDR über wesentliche Eckwerte der Währungsunion geeinigt. Damit haben wir unser Versprechen gehalten, bis Anfang Mai eine Einigung hierüber zu erzielen. Inzwischen gibt es auch Einigkeit über wesentliche Teile der Wirtschafts- und Sozialunion, wobei einzelne Fragen noch geklärt werden müssen.

Es steht jetzt fest: Zum 2. Juli werden die Bundesrepublik Deutschland und die DDR eine Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion verwirklichen. Für die Menschen in Deutschland wird die Einheit damit in entscheidenden Bereichen erleb-  
bare Wirklichkeit.

Ich unterstreiche noch einmal: Gemeinsames Ziel ist es, die wirtschaftliche Lage der Menschen zwischen Elbe und Oder sehr schnell grundlegend zu verbessern.

Hierfür brauchen insbesondere die Investoren ausreichende Sicherheit und Berechenbarkeit für ihr wirtschaftliches Engagement — unabhängig davon, ob sie aus der DDR, aus der Bundesrepublik Deutschland oder aus dem Ausland kommen.

Insgesamt bin ich überzeugt, daß wir zügig zu den notwendigen Vereinbarungen mit der DDR kommen können. Notwendig sind vor allem:

- ▶ Schnelle Einführung der Sozialen Marktwirtschaft

- ▶ Stabilität der D-Mark
- ▶ Solidität der Staatsfinanzen in der DDR wie bei uns und
- ▶ soziale Ausgewogenheit.

Im übrigen verkennt niemand: Vor uns allen liegen erhebliche Anstrengungen. Das betrifft selbstverständlich in erster

**Aus der Regierungserklärung  
von Bundeskanzler Helmut  
Kohl vor dem Deutschen  
Bundestag am 10. Mai 1990**

Linie den Staatshaushalt der DDR, der dabei auch auf sogenanntes volkseigenes Vermögen zurückgreifen kann und muß. Und das betrifft natürlich auch unsere öffentlichen Haushalte — Bund, Länder und Gemeinden gleichermaßen.

Allerdings wäre es völlig falsch, ausschließlich die Kostenseite des Einigungsprozesses vor Augen zu haben. Denn jede Unterstützung für den Übergang der DDR zur Sozialen Marktwirtschaft ist zugleich eine Investition in unsere eigenen Wachstumsmöglichkeiten.

Von der künftigen wirtschaftlichen Dynamik in der DDR werden alle profitieren — nicht zuletzt Beschäftigte und Unternehmen hier bei uns in der Bundesrepublik Deutschland.

Jetzt geht es darum, den Aufbruch unserer Landsleute in eine bessere Zukunft zu ermutigen und sich nicht nur in abstrakten Kostendiskussionen zu verlieren.

Den Aufbruch ermutigen, heißt aber

## Berliner Abgeordnete im nächsten Bundestag mit vollem Stimmrecht

**Zur Direktwahl der Berliner Abgeordneten zum Deutschen Bundestag erklärt der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Gerster:**

Am heutigen Donnerstag befaßt sich der Deutsche Bundestag mit unserem Gesetzentwurf zur Direktwahl der Berliner Abgeordneten in 1. Lesung. Damit ist sichergestellt, daß das Gesetz noch rechtzeitig zur Bundestagswahl im Dezember in Kraft gesetzt werden kann.

Nach diesem Gesetzentwurf wird im Land Berlin die direkte Wahl von Bundestagsabgeordneten nach dem gleichen Verfahren wie in anderen Bundesländern eingeführt. Der Vorschlag der Koalitionsparteien beachtet die in Berlin bestehenden Bezirksgrenzen, soweit dies mit dem vorrangigen Gebot, die Wahlkreise möglichst gleich groß zu schneiden, vereinbar ist. Lediglich bei den Bezirken Charlottenburg und Steglitz wird eine Aufteilung auf zwei Wahlkreise notwendig. Dabei folgt die Wahlkreisgrenze

geographisch markanten Merkmalen (Spree, S-Bahn-Linie, Teltowkanal).

Bei allen 8 Wahlkreisen liegt die Abweichung der deutschen Bevölkerung von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl eines Wahlkreises deutlich unter der Toleranzgrenze von 25 Prozent, nämlich bis höchstens 16 Prozent. Darin liegt der entscheidende Vorteil gegenüber allen anderen Modellen. Der von der SPD favorisierte Vorschlag würde Abweichungen der Wahlkreise bis über 25 Prozent — und über 100.000 Bürgern mehr — bringen.

Bei der in dem Gesetzentwurf vorgeschlagenen Neuregelung handelt es sich um ein verfassungsrechtlich ausgewogenes Konzept. Dem Prinzip der Wahlgleichheit und Wahlgerechtigkeit sowie den Grundsätzen des Bundeswahlgesetzes über die Wahlkreiseinteilung wird optimal Rechnung getragen. Vor diesem Hintergrund ist die Erwartung gerechtfertigt, daß alle Fraktionen des Deutschen Bundestages diesem Gesetzentwurf zustimmen werden.

zugleich: keinen Sand ins Getriebe unserer eigenen Wirtschaft zu streuen. Deshalb wiederhole ich auch hier: Ich sehe keinen Grund für Steuererhöhungen zur Finanzierung der deutschen Einheit.

Eine florierende Wirtschaft ist allemal der bessere Weg zu höheren Steuereinnahmen als ein leistungsfeindliches Anziehen der Steuerschraube.

Und ich frage uns alle: Wann sonst als im 8. Jahr des längsten Wirtschaftsauf-

schwungs der Nachkriegszeit wären wir besser gerüstet für das, was jetzt zu tun ist?

Deshalb sind Pessimismus und Verzagttheit nicht angebracht. Gefragt sind jetzt vielmehr Mut, Phantasie und die Bereitschaft, tatkräftig mit anzupacken — in der DDR, aber auch hier bei uns. Dann werden wir die Schwierigkeiten meistern, und die Chancen, die die Einheit Deutschlands birgt, werden sich zum Wohle der Menschen entfalten können.

# Alfred Dregger begrüßt Abzug der nuklearen Rohrartillerie

Im Vorfeld der Sitzung der nuklearen Planungsgruppe der NATO haben sich die politischen und militärischen Gremien der Allianz darauf verständigt, bei einem erfolgreichen Abschluß der Wiener Konferenz zur Herstellung von konventioneller Stabilität in Europa (VKSE) die atomare Rohrartillerie aus Europa vollständig abziehen.

**Alfred Dregger**, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Ich begrüße das. Ich habe das schon lange gefordert. Denn Atomwaffen sind keine Waffen für das Gefechtsfeld. Ihr einziger Zweck ist, den möglichen Angreifer mit einem unannehmbaren Risiko zu konfrontieren „noch bevor er handelt“ (NATO-Gesamtkonzept).

Atomwaffen werden das nur leisten können, wenn sie sich gegen das Territorium des potentiellen Angreifers richten und nicht gegen das Territorium des Verteidigers.

Was für die atomare Rohrartillerie gilt, gilt in gleicher Weise für die atomaren Kurzstreckensysteme. Deshalb muß unverzüglich nach einem Erfolg der Wiener Verhandlungen auch über diese verhandelt werden. Landgestützte Systeme mit weniger als 500 km Reichweite sind kein Beitrag dafür, den potentiellen Angreifer bei seinen politischen und militärischen Planungen mit jenem unkalkulierbaren Risiko zu konfrontieren, von dem das NATO-Konzept spricht.

Man sollte sie abrüsten — auf beiden Seiten versteht sich! Dabei ist der Handlungsbedarf der Sowjetunion größer als der der NATO. Immer noch ist sie bei

dieser Waffenkategorie fünfzehnfach (!) überlegen. Seit Jahren schon habe ich deshalb die Sowjetunion aufgefordert, diese Waffen auf das geringe Niveau der NATO einseitig abzurüsten.

Die nukleare Planungsgruppe der NATO sollte klarstellen, was das Bündnis in Zukunft für die Abschreckung in und für Europa braucht. Sie sollte das qualitative und quantitative Minimum dafür definieren. Die nukleare Planungsgruppe muß auf diese Weise Verhandlungen mit der Sowjetunion über den weiteren Abrüstungsprozeß und über eine wechselseitige nukleare Friedensgarantie vorbereiten.

---

## Kohl und Bush einig über Abrüstung

**Bundeskanzler Helmut Kohl hat nachdrücklich die Entscheidung von Präsident Bush begrüßt, im Lichte der Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa das amerikanische Entwicklungsprogramm für ein Nachfolgemodell zur LANCE-Kurzstreckenrakete ebenso einzustellen wie die weitere Modernisierung der nuklearen Artilleriemunition.**

Der Bundeskanzler stimmt mit dem amerikanischen Präsidenten insbesondere darin überein, daß sobald wie möglich, und zwar bereits nach Unterzeichnung eines ersten Abkommens über die konventionellen Streitkräfte in Europa, auch Verhandlungen über die landgestützten amerikanischen und sowjetischen nukle-

aren Kurzstreckenwaffen aufgenommen werden sollten.

Zusätzlich müssen die laufenden Abrüstungsverhandlungen intensiviert werden. Der Bundeskanzler befürwortet den zügigen Abschluß eines ersten Abkommens über die konventionellen Streitkräfte in Europa und dessen Unterzeichnung auf einem KSZE-Sondergipfel im Herbst dieses Jahres sowie die unmittelbare Fortsetzung dieser Verhandlungen mit dem Ziel weiterer Reduzierung an Personal und Material.

Wie Präsident Bush sieht auch Helmut Kohl es als Schlüsselfrage der Nordatlantischen Allianz an, daß sie ihre schon immer wahrgenommene politische Rolle verstärkt und ihre Strategie sowie die Struktur ihrer Streitkräfte überprüft. Der Bundeskanzler begrüßt nachdrücklich die Vorschläge Präsident Bushs zum Ausbau des KSZE-Prozesses.

Bundeskanzler Helmut Kohl sieht in den Vorschlägen Präsident Bushs einen weiteren Beweis für die Lebenskraft der transatlantischen Partnerschaft und insbesondere für die enge Übereinstimmung der deutschen und amerikanischen Politik, die ihn mit großer Befriedigung erfüllt.

## Bundeswehr hilft Forstwirtschaft

**Seit dem 7. März 1990 sind Einheiten der Bundeswehr und der Verbündeten im Einsatz zur Unterstützung der Forstwirtschaft. Der letzte Frühjahrssturm hatte etwa 30 Millionen Festmeter Holz umbrechen lassen.**

Nachdem der Umfang des Schadens deutlich wurde, hatte der Bundesminister der Verteidigung die Streitkräfte angewiesen, in den von Forstschäden besonders schwer getroffenen Gebieten schnell Hilfe zu leisten. Mit einer Vielzahl von Maßnahmen hat die Bundeswehr den derzeit über 3.500 Hilfeersuchen der Forstwirtschaft entsprochen:

- In etwa 2.500 Einsätzen leisteten mehr als 9.000 Soldaten, davon 1.000 Alliierte, bereits unentgeltlich aktive Hilfe (Stand 20. April 1990), weitere 1.000 Einsätze erfolgen derzeit.
- Zahlreichen Soldaten wurde großzügig Urlaub gewährt, um in heimatlichen Familienbetrieben Hilfe zu leisten; Wehrpflichtige, die in der Forstwirtschaft tätig sind, wurden auf Antrag zurückgestellt.

## Bundesregierung beschließt Verlängerung des Mikrozensusgesetzes

Das Bundeskabinett hat das Mikrozensusgesetz für fünf Jahre verlängert. Gleichzeitig wurde beschlossen, bei dieser Stichprobenbefragung auf Auskünfte über Urlaubs- und Erholungsreisen sowie über die Wohnsituation im Interesse des Datenschutzes zu verzichten.

In die seit 1957 übliche Stichprobenbefragung werden jeweils 0,1 bis ein Prozent der Bevölkerung — also zur

Zeit bis zu 580.000 Personen — einbezogen. Die Befragung soll Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft mit Daten über die aktuelle soziale und wirtschaftliche Lage versorgen. Nach dem sogenannten Volkszählungsurteil, in dem das Bundesverfassungsgericht das Recht des einzelnen über seine Daten festschrieb, wurde der Fragenkatalog jetzt erheblich eingegrenzt.

# Das ist Rekordbeschäftigung!

„Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist hochofren über die außerordentlich gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.“ Mit diesen Worten kommentierte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Horst Günther, die Tatsache, daß erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland die Zahl der Erwerbstätigen auf über 28 Millionen gestiegen ist. Günther: „Das ist Rekordbeschäftigung.“

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist gesunken, und die Arbeitslosenzahl insgesamt sank wieder deutlich unter zwei Millionen.

Die Zahl der Erwerbstätigen im März 1990 lag um 523 000 höher als vor einem Jahr und stieg um 103 000 gegenüber dem Vormonat. Die Zahl der Arbeitslosen sank im April 1990 um 120 519 gegenüber dem April 1989. 325 000 offene Stellen, die bei den Arbeitsämtern gemeldet sind, runden das insgesamt gute Bild ab. Die hervorragende Gesamtpolitik der Bundesregierung hat diese Erfolge möglich gemacht. Besonders erfreulich ist das Zurückgehen der Langzeitarbeitslosigkeit nach dem von Bundesarbeitsminister Blüm vorgelegten Sonderprogramm.

Es könnten noch weniger Langzeitarbeitslose sein, wenn auch die Großbetriebe mehr Gebrauch vom Blüm-Programm machten. Im übrigen täuscht die Zahl der Langzeitarbeitslosen über die wahren Verhältnisse hinweg. In ihr stecken viele Tausende sogenannter „Sozialpläner“ und viele ältere Menschen, die bis zu 32 Monaten Arbeitslosengeld und dann Rente beziehen.

Legt man die hervorragenden derzeitigen Ausgangszahlen zugrunde, auch die sehr

niedrige Kurzarbeit und die hohen Zahlen offener Stellen, dann sind für die nächsten Monate folgende positive Entwicklungen absehbar und möglich:

- Die Erwerbstätigenzahlen dürften im weiteren Jahresverlauf 1990 ständig über 28 Millionen und im Herbst zeitweilig sogar über 28,5 Millionen liegen.
- Zu rechnen ist künftig mit einer Zunahme der Zahlen der offenen Stellen. Um sie zu besetzen, müssen berufliche Qualifikation und Flexibilität und regionale Mobilität weiter gefördert werden.
- Die insgesamt gute Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktlage wird es noch mehr als in zurückliegenden Jahren möglich machen, die Eingliederung benachteiligter Arbeitsloser in das Arbeitsleben zu fördern. Es ist eine solidarische Verpflichtung der Sozialpartner, das ihre zu leisten, damit ältere Arbeit-

## Verbesserte Chancen für Frauen

nehmer, Behinderte und in ihrer gesundheitlichen Leistungsfähigkeit beeinträchtigte Menschen nicht dem Schicksal der Langzeitarbeitslosigkeit überantwortet werden. Dafür kann unter anderem ein gut ausgebautes Instrumentarium staatlicher Hilfen nach dem Arbeitsförderungsgesetz, dem Schwerbehindertengesetz und dem Sonderprogramm der Bundesregierung „Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose“ genutzt werden.

Ab Juli 1990 wird es wesentlich verbesserte Arbeitschancen insbesondere für Frauen durch Verlängerung von Erziehungsurlaub und Bezugsdauer beim Erziehungsgeld um drei auf 15 Monate für ab 1. Juli 1989 geborene Kinder geben, weil es einen verstärkten Bedarf an Ersatzkräften geben wird. ■

## Bestätigte Politik

*Der Arbeitsmarkt ist schon seit längerer Zeit Anlaß zu positiven Überraschungen. Gewiß, der Winter war milde und die Konjunktur läuft mit Volldampf voraus. Dennoch ist nicht selbstverständlich, daß die Arbeitslosenzahl mit 1,9 Millionen noch einmal (gegenüber dem April des Vorjahres) um mehr als 100.000 sank.*

*Seit Anfang des vorigen Jahres ist eine runde Million Menschen in die Bundesrepublik geströmt — Aus- und Übersiedler und unter ihnen sehr viele im arbeitsfähigen Alter. Der Arbeitsmarkt hat diesen Ansturm verkraftet. Die Beschäftigungslosigkeit ist noch einmal gesunken. Das heißt, es sind über eine halbe Million neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Gäbe es die Aus- und Übersiedler nicht, hätten wir heute schon fast Vollbeschäftigung, die von Experten bereits bei einer Arbeitslosenquote von fünf Prozent als erreicht angesehen wird.*

*Pure Statistik ist ein schlechter Ratgeber. Auch hinter fünf Prozent Arbeitslosen würden sich zu viele traurige Einzelschicksale verbergen. Und 1,9 Millionen Arbeitslose sind erst recht viel zuviel. Aber die Tendenz ist günstig, und sie ist eine Bestätigung einer jahrelang stark angefeindeten Politik, die von den Zaubertricks irgendwelcher Patentprogramme nichts hielt, sondern auf eine Anti-Inflationspolitik und auf den Markt setzte. **Frankfurter Neue Presse***

## Ausbildungsvergütung:

### Tendenz steigend

**694 DM im Monat verdienten 1989 im Durchschnitt die Auszubildenden in der Bundesrepublik Deutschland: 3,1 Prozent mehr als 1988. Damit entwickelten sich die Ausbildungsvergütungen etwas günstiger als die Tarifföhne und -gehälter, die um durchschnittlich 2,7 Prozent angehoben wurden.**

Zu diesen Ergebnissen kommt das Bundesinstitut für Berufsbildung in seiner Auswertung tariflicher Ausbildungsvergütungen, die jedes Jahr zum Stand 1. Oktober durchgeführt wird. 1989 wurden die durchschnittlichen Vergütungen für 234 Berufe ermittelt, in denen 93 Prozent aller Auszubildenden vertreten sind.

Der Vergütungsdurchschnitt wurde auf der Basis der tariflichen Grundbeträge berechnet. Berücksichtigt man, daß in ca. 15 Prozent der Tarifverträge erhöhte Ausbildungsvergütungen für Jugendliche ab 18 Jahren vereinbart sind, liegt der Durchschnitt der Ausbildungsvergütungen noch um 8 DM höher — bei 702 DM.

Für 81 Prozent der Jugendlichen, die sich 1989 in einer betrieblichen Ausbildung befanden, lag der monatliche Bruttoverdienst zwischen 550 DM und 800 DM. Weniger als 550 DM erhielten 8 Prozent, mehr als 800 DM erreichten 11 Prozent der Auszubildenden.

### Bundesarbeitsminister Norbert Blüm zu den Arbeitsmarktzahlen:

*„Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist ausgesprochen erfreulich. Man muß bei vielen Arbeitsmarktdaten nun bis zum Anfang der 70er Jahre zurückblättern, um vergleichbar positive Entwicklungen zu finden. Die gute wirtschaftliche Gesamtlage und das breite Wirken unserer beschäftigungspolitischen Instrumente berechtigen uns zu Optimismus für die weitere Entwicklung.“*



# Lehrlingsmangel kein Fremdwort mehr

Der Vorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Hermann Gröhe, hat Industrie und Handwerk aufgefordert, im „Wettbewerb“ um die Auszubildenden, die Interessen und Belange der Berufseinsteiger nicht zu vergessen. Gleichzeitig fordert er, die große Zahl freier Ausbildungsplätze verstärkt mit Umschülern und jungen Menschen ohne Berufsabschluß zu besetzen. Auch 23jährige, die bis jetzt nur einer Aushilfsfähigkeit nachgehen, sollten von den geänderten Rahmenbedingungen im Ausbildungsbereich profitieren. Er erklärte dazu:

Ende April lag die Zahl der Berufsausbildungsplätze um über 200.000 über der der Bewerber. In vielen Berufen suchen Betriebe und Unternehmen händeringend nach Auszubildenden. Auch wenn es viele nicht wahrhaben wollen — Lehrlingsmangel ist schon lange kein Fremdwort mehr.

Die gewandelten Rahmenbedingungen haben aber auch dafür gesorgt, daß ein massiver „Wettbewerb“ von Industrie und Handwerk um die Auszubildenden eingesetzt hat. Viele Großunternehmen können den Auszubildenden wesentlich bessere Bedingungen bieten als mittelständische Unternehmen und Handwerksbetriebe.

Die Junge Union fordert deshalb die Verantwortlichen auf, sich den gewandelten Rahmenbedingungen anzupassen. Es darf nicht wieder so weit kommen, daß Unternehmen an Auszubildende Prämien zahlen, wenn sie bei ihnen eine Lehre beginnen. In einem solchen „Wettbewerb“ würden sich zahlungskräftige Großunternehmen durchsetzen und Handwerksbetriebe auf der Strecke bleiben.

Deshalb sollten Vertreter der Arbeitgeber, Gewerkschaften, Kammern, Arbeitsamt und Schulen vor Ort an „runden Tischen“ zu konzertierten Aktionen zusammenfinden. Es müssen Möglichkeiten geprüft werden, Schulabgängern vor der Aufnahme einer Ausbildung umfangreiche Informationen zur angestrebten Berufsausbildung zu geben. Gleichzeitig müssen alle Beteiligten sicherstellen, daß nicht wenige große Betriebe einer Region alle Auszubildenden einstellen und viele kleine Betriebe ohne Berufsnachwuchs bleiben.

Deshalb müssen auch diejenigen jungen Menschen, die in den vergangenen Jah-

**Die Junge Union sieht in der günstigen Arbeitsmarktlage vor allem auch eine große Chance für Jugendliche ohne Ausbildung, berufliche Qualifizierung nachzuholen.**

ren ihre Ausbildung abgebrochen haben oder erst keine begonnen haben, mit der neuen Situation die Möglichkeit beruflicher Qualifizierung erhalten. Es muß nicht immer der 16jährige Schulabgänger sein, der eine Ausbildung beginnt. Betriebe müssen bereit sein, auch einmal einen 23jährigen Auszubildenden einzustellen.

Zusätzlich können freie Ausbildungsplätze mit Bewerbern aus der DDR besetzt werden. Sie würden eine Ausbildung an modernen Maschinen erhalten und wären nach Beendigung der Ausbildung und Rückkehr in die Heimatorte eine unersetzliche Bereicherung bei der dann im Aufbau befindlichen Wirtschaft der DDR.

# Durch mehr Kinderbetreuungsplätze berufstätige Eltern entlasten

Anlässlich der ersten Sitzung des gemeinsamen Arbeitskreises der Frauen-Union der CDU und des Wirtschaftsrates erklärten die Vorsitzende der Frauen-Union, Rita Süßmuth, und das Mitglied des Präsidiums des Wirtschaftsrates, Alexander Warrikoff:

Wirtschaftsrat und Frauen-Union haben die Initiative ergriffen, um berufstätige Eltern durch ein breitgefächertes Angebot an Kinderbetreuungsplätzen zu entlasten. Die gemeinsame Arbeitsgruppe „Familienfreundliche Arbeitswelt“ will möglichst viele Betriebe ermuntern, sich zu engagieren bei der Schaffung von Betreuungseinrichtungen, damit für betriebsangehörige Väter und Mütter Berufstätigkeit und Familie keine unvereinbaren Lebenswelten bleiben.

Was können Betriebe jetzt schon tun? Sie können Zuschüsse leisten an bestehende Kindergärten, damit diese die Zahl der Betreuungsplätze erhöhen und für Kinder von Beschäftigten Plätze bereithalten. Diese Lösung eignet sich besonders für Klein- und Mittelbetriebe, für die sich ein eigener Betriebskindergarten nicht lohnt. Auch die gemeinschaftliche Einrichtung und Finanzierung eines Kindergartens oder einer Kindertagesstätte durch mehrere Betriebe oder Verwaltungen ist praktikabel für mittelständische Unternehmen. Aus einem Finanzierungspool, in den alle interessierten Betriebe einzahlen, werden Einrichtung und Betrieb von Betreuungsplätzen finanziert. Betriebseigene Kindergärten sind dagegen lohnenswert für größere Unternehmen.

Frauen-Union und Wirtschaftsrat wollen besser bekannt machen, inwieweit

betriebliche Kinderbetreuungseinrichtungen steuerlich gefördert werden können. Einrichtungen und laufende Kosten von betrieblichen Kindergärten können nämlich schon jetzt in vollem Umfang als Betriebsausgaben geltend gemacht werden. Das gilt auch für Zuschüsse, die Betriebe an bestehende Einrichtungen leisten.

Steuerliche Hemmnisse bestehen aber bisher bei Zuschüssen der Betriebe an Eltern, die in Privatinitiative Kinderbetreuungsangebote schaffen wollen. Würden die bestehenden Möglichkeiten voll ausgeschöpft und bürokratische Hemmnisse abgebaut, ließe sich ein wesentlicher Beitrag leisten für ein breites Angebot in der Kinderbetreuung.

Betriebliche Kinderbetreuung kann nicht zuletzt deshalb attraktiver sein, weil die Öffnungszeiten mit dem Betrieb abgestimmt sind und weil ganzjährige Öffnungszeiten selbstverständlich sind. ■

## RCDS: Europa für die DDR-Studenten öffnen

Den Studenten in der DDR muß schon in diesem Sommer die Möglichkeit eröffnet werden, an europäischen und außereuropäischen Hochschulen Studienerfahrungen zu sammeln. Das hat der Bundesvorsitzende des Ringes Christlich Demokratischer Studenten (RCDS), Marcel Kaufmann, gefordert und gleichzeitig Bewerbungen aus der DDR im Rahmen von Programmen des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) angeregt.

# Die Kommunalwahlen in der DDR am 6. Mai 1990

## – Vorläufiges Endergebnis –

	Kommunalwahl		Volkskammerwahl	
Wahlberechtigte	12319787		12426192	
Abgeg. Stimmzettel	9240302		11604190	
Wahlbeteiligung		75,00%		93,38%
gültige Stimmzettel	8647215		11540927	
gültige Stimmen	25231924			
CDU	8672016	34,37%	CDU	40,82%
SPD	5366141	21,27%	SPD	21,88%
PDS	3680107	14,59%	PDS	16,40%
B.F.D.	1677636	6,65%	DSU	6,31%
DBD	924905	3,67%	Liber.	5,28%
DSU	861250	3,41%	B 90	2,91%
NF	607622	2,41%	DBD	2,18%
Bauern	500371	1,98%	GR-UFV	1,97%
DFD	310050	1,23%	DA	0,92%
VS	—	0,59%	NDPD	0,38%
KB	—	0,30%	DFD	0,33%
Übrige	—	9,54%	Übrige	0,62%

### Die Abkürzungen bedeuten:

- B 90: Bündnis 90 Neues Forum, Demokratie Jetzt, IFM  
 B.F.D.: Bund Freier Demokraten  
 Bauern: Bauernverband  
 CDU: Christlich-Demokratische Union Deutschlands  
 DA: Demokratischer Aufbruch — sozial + ökologisch  
 DBD: Demokratische Bauernpartei Deutschlands  
 DFB: Demokratischer Frauenbund Deutschlands  
 DSU: Deutsche Soziale Union  
 Grüne: Grüne Partei + Unabhängig. Frauenverb. Grüne Partei — UFV  
 KB: Kulturbund e. V.  
 Liberale: Bund Freier Demokraten DFP-LDP-F.D.P. Die Liberalen  
 N.F.: Neues Forum  
 NDPD: National-Demokratische Partei Deutschlands  
 PDS: Partei des Demokratischen Sozialismus  
 SPD: Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
 VS: Volkssolidarität

# Ergebnisse der Kommunalwahlen in den Bezirken in Prozent

(in Klammern: Ergebnis der Volkskammerwahl)

Bezirk	CDU	DSU	SPD	PDS	BFD (Liberale)	Neues Forum (Bündnis 90)	DBD + Bauern (nur DBD)
Berlin (Ost)	17,69 (18,28)	1,03 (2,23)	34,03 (34,85)	29,99 (30,22)	1,18 (3,00)	0,00 (6,33)	0,30 (0,46)
Cottbus	34,31 (42,76)	2,56 (4,77)	17,84 (19,25)	15,70 (17,87)	6,67 (5,23)	0,87 (2,67)	8,54 (3,40)
Dresden	41,77 (44,97)	8,87 (13,81)	9,14 (9,68)	12,51 (14,76)	7,05 (5,55)	2,45 (3,65)	5,52 (3,81)
Erfurt	41,80 (56,25)	1,31 (2,46)	20,58 (18,73)	9,37 (9,94)	5,63 (4,54)	1,03 (1,82)	6,16 (1,39)
Frankfurt/Oder	21,11 (27,82)	2,29 (3,51)	30,25 (31,90)	19,66 (22,05)	4,28 (4,23)	2,62 (3,15)	7,65 (2,89)
Gera	39,53 (48,88)	4,84 (8,21)	18,86 (16,49)	10,34 (12,55)	8,18 (5,10)	3,84 (2,58)	4,74 (1,35)
Halle	36,18 (45,11)	1,10 (2,75)	20,83 (20,82)	12,54 (13,81)	10,48 (9,98)	2,48 (2,39)	5,28 (1,76)
Karl-Marx-Stadt	44,83 (44,95)	7,72 (14,79)	12,67 (15,64)	10,27 (11,29)	6,80 (5,98)	3,68 (2,07)	3,57 (1,07)
Leipzig	35,63 (39,64)	4,55 (10,09)	24,98 (21,53)	11,78 (14,49)	6,82 (5,28)	0,98 (3,33)	3,88 (1,65)
Magdeburg	34,72 (44,22)	0,85 (1,95)	25,65 (27,47)	12,84 (14,22)	7,78 (4,41)	2,55 (1,95)	6,58 (1,79)
Neubrandenburg	25,00 (36,03)	1,02 (2,05)	18,17 (21,19)	20,08 (25,81)	8,27 (3,03)	2,88 (1,59)	13,20 (6,25)
Potsdam	25,33 (31,23)	1,03 (2,94)	33,44 (34,36)	15,62 (16,55)	5,56 (4,92)	3,06 (3,82)	7,88 (2,24)
Rostock	28,86 (34,32)	1,18 (2,79)	22,18 (24,82)	18,75 (23,16)	5,04 (3,38)	2,93 (2,67)	8,77 (4,42)
Schwerin	28,80 (39,78)	0,98 (1,96)	21,16 (25,36)	16,76 (17,83)	7,37 (4,55)	5,76 (2,54)	10,57 (4,04)
Suhl	37,55 (50,58)	5,25 (8,91)	17,98 (16,09)	11,93 (12,55)	7,71 (4,15)	3,09 (1,88)	5,00 (1,42)
DDR	34,37 (40,82)	3,41 (6,31)	21,27 (21,88)	14,59 (16,40)	6,65 (5,28)	2,41 (2,91)	5,65 (2,18)

# Die Gesundheitsreform ist auf Erfolgskurs

**Die jetzt vorliegenden Rechnungsergebnisse der Krankenkassen für das Jahr 1989 zeigen erhebliche Einsparungen mit der Folge von Beitragssatzsenkungen auf breiter Front. Diese Tatsachen liefern den Beweis: Die Gesundheitsreform ist auf Erfolgskurs. Der politischen Opposition verbleibt angesichts der für jedermann sichtbaren Erfolge nichts anderes als die Wiederholung ihrer aus dem Vorjahr sattsam bekannten Vorwürfe.**

Diese Vorwürfe werden durch ständige Wiederholungen nicht richtiger. Denn es läßt sich mit den Beitragssenkungen einerseits sowie mit den neuen Leistungen für Schwerpflegebedürftige und den neuen Vorsorgeleistungen andererseits konkret belegen, daß die Versicherten Gewinner der Reform sind und nicht die Verlierer.

Am 1. Januar 1989 ist die Gesundheitsreform in Kraft getreten, eine Reform, die den Versicherten bereits spürbare Verbesserungen gebracht hat: Die Beitragssätze sind nicht nur erstmals seit Jahren nicht gestiegen, sondern sinken auf breiter Front. Pflegebedürftige werden besser versorgt. Für Millionen von Patienten entfällt bei Festbetrags-Medikamenten die Rezeptgebühr.

Auch nach der Gesundheitsreform stehen die Leistungen der modernen Medizin allen Versicherten zur Verfügung, gleich ob Sozialhilfeempfänger, Arbeiter, Angestellter, Rentner oder Direktor. Die gesetzliche Krankenversicherung macht keinen Unterschied zwischen reich und arm, zwischen alt und jung. Jeder erhält die im Einzelfall erforderlichen Gesund-

heitsleistungen. Es gibt bei uns keine Zwei-Klassen-Medizin.

Jeder findet ein Krankenhausbett, wenn Krankenhausbehandlung erforderlich ist. Der Gang zum freigewählten Arzt ist ohne Zuzahlung möglich. 32.000 Patienten erhalten jährlich einen Herzschrittmacher; die Kosten für ein solches Gerät liegen zwischen 3.000 und 10.000 DM. Für

Von Horst Seehofer,  
Parlamentarischer  
Staatssekretär beim  
Bundesminister für Arbeit  
und Sozialordnung

32.000 Dialysepatienten stehen die erforderlichen Geräte zur künstlichen Blutwäsche zur Verfügung; die Kosten pro Patient belaufen sich durchschnittlich auf 48.000 bis 64.000 DM. Organtransplantationen scheitern bei uns nicht an den Kosten, allenfalls an nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung stehenden Spenderorganen.

Wer allerdings eine solche Spitzenmedizin finanzieren will, der muß auf die Finanzierung von Luxus- und Bagatellmittel durch die Solidargemeinschaft der Krankenversicherung verzichten, die Eigenverantwortung der Versicherten stärken und Wirtschaftlichkeitsreserven bei der Leistungserbringung ausschöpfen. Soweit Zuzahlungen der Versicherten vorgesehen sind, werden die sozial Schwächeren durch Sozial- und Überforderungsklausel wirksam geschützt. So braucht z. B. ein Rentnerehepaar bis zu

einem Monatseinkommen von 1.809,50 DM keine Zuzahlungen für Zahnersatz, Transportkosten oder Medikamente leisten. Über dieser Grenze schützt die Überforderungsklausel vor unzumutbaren Belastungen.

Erstmals in der Geschichte der gesetzlichen Krankenversicherung ist es gelungen, nicht nur die Ausgabenzuwächse der Krankenversicherung zu verringern, sondern einen Ausgabenrückgang unter das bisherige Niveau zu erreichen. Die Leistungsausgaben der Krankenkassen sind von 128 Mrd. DM im Jahre 1988 auf 123 Mrd. DM im Jahre 1989 zurückgegangen. Deshalb konnte der durchschnittliche Beitragssatz der Krankenkassen zunächst stabil gehalten und dann gesenkt werden, von 12,9 Prozent im Jahre 1989 auf 12,8 Prozent zum 1. Januar 1990 und auf voraussichtlich 12,5 Prozent im weiteren Verlauf des Jahres.

Dagegen waren in den vergangenen Jahren Beitragssatzerhöhungen von 0,4 bis 0,5 Prozent jährlich der „Normalfall“.

Ohne die Reform wäre der durchschnittliche Beitragssatz bis 1990 mit Sicherheit auf rd. 14,0 Prozent und bis 1991 auf 14,5 Prozent gestiegen. Die Beitragszahler hätten ohne die Reform 1989 rd. 5,2 Mrd. DM mehr an Beiträgen zahlen müssen; im Jahre 1990 wäre die zusätzliche Beitragsbelastung bereits auf 12,5 Mrd. DM angewachsen. Allein in den ersten beiden Jahren nach der Gesundheitsreform werden somit die Beitragszahler um 17,7 Mrd. DM entlastet.

Die finanzielle Entlastung ist auch für den einzelnen Versicherten eine spürbare Größe: Ohne die Gesundheitsreform müßte der durchschnittliche Arbeitnehmer im Jahre 1990 mit einem um 300 DM höheren Beitrag rechnen. Durch die Reform wird er in dieser Höhe entlastet. 1989 betrug die Entlastung 120 DM.

## Neue Leistungen

Von der Reform haben auch diejenigen Versicherten profitiert, die neue Leistungen und Leistungsausweitungen in

## Einspareffekte des Gesundheits-Reformgesetzes im Jahr 1989

Veränderungsraten je Mitglied in v. H.  
Veränderungen der Ausgaben in Mio. DM gesamt

	v. H.	1989 Mio. DM	1988 v. H.
Zahnersatz	- 46,6	- 4273	52,4
Arzneien aus Apotheken	- 1,9	- 267	7,4
Sehhilfen	- 43,9	- 921	23,4
Hörhilfen	- 21,9	- 122	37,2
Heilmittel (physikalische Therapie)	- 6,1	- 134	8,3
Kuren insgesamt	- 26,2	- 648	12,9
Sterbegeld	- 41,1	- 880	2,6
Transportkosten	- 22,7	- 379	2,1
<b>Summe</b>		<b>- 7624</b>	

Anspruch nehmen können. Mehr als 5 Mrd. DM werden für die häusliche Pflege, rd. 1 Mrd. DM für mehr Gesundheitsvorsorge ausgegeben.

Für 630.000 Schwerpflegebedürftige und ihre Helfer gibt es deutliche Verbesserungen: Seit Januar 1989 einen Pflegeurlaub und ab Beginn des nächsten Jahres Pflegegeld oder häusliche Pflegeleistungen.

Rd. 65.000 Pflegepersonen haben für den Pflegeurlaub 1989 eine finanzielle Hilfe erhalten. Gegenüber 1989 sind das 65.000 Menschen mehr, denen konkret geholfen wurde.

Mit der Gesundheitsreform sind Leistungen der Vorsorge und Krankheitsfrüherkennung wesentlich ausgebaut worden.

● Alle über 35jährigen Versicherten, das sind 24,6 Millionen, haben nun einen Rechtsanspruch auf einen regelmäßigen „Gesundheits-Check-up“.

● Rd. 6 Millionen Kindern kommt die neue Verpflichtung der Krankenkassen zugute, zusammen mit den Bundesländern eine flächendeckende Gruppenprophylaxe zur Verhütung von Zahnerkrankungen mitzufinanzieren.

● Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 12 und 20 können sich zweimal im Jahr auf Kosten der Krankenkassen zahnärztlich untersuchen lassen (Individualprophylaxe).

● Fast 600.000 Kinder können jetzt Jahr für Jahr durch eine weitere Vorsorgeuntersuchung etwa ein Jahr vor der Einschulung auf Seh-, Hör- und Sprachfehler, Haltungsfehler oder Übergewicht untersucht werden.

● Jahr für Jahr erhalten jetzt fast 600.000 Mütter bei der Geburt eines Kindes bei allen Kassen ein auf den Höchstsatz aufgestocktes Entbindungsgeld von 150 DM.

● Für behinderte Kinder steht jetzt eine von den Krankenkassen finanzierte

umfassende Behandlung in Spezialeinrichtungen, den Sozialpädiatrischen Zentren, zur Verfügung.

Der zum Jahresbeginn 1990 bekanntgewordene Überschuß der Krankenkassen in Höhe von 9,4 Mrd. DM sowie die inzwischen vorgenommenen und angekündigten Beitragssatzsenkungen einerseits und die neuen Leistungen für Schwerpflegebedürftige sowie die neuen Vorsorgeuntersuchungen andererseits zeigen: Gewinner der Gesundheitsreform sind die Versicherten.

## **Neue Chancen für die Gesundheitspolitik**

Die wiedergewonnene Stabilität der gesetzlichen Krankenversicherung eröffnet auch neue Chancen für eine innovative Gesundheitspolitik. Beispiele sind u. a.:

### ■ Krebsprogramm

Die 1. Stufe des Modellprogramms hat mit rund 200 Mio. DM eine auch international vorbildliche Versorgungsstruktur mit Tumorzentren und onkologischen Schwerpunkten geschaffen. Ab 1990 wird vom Bundesarbeitsministerium eine 2. Stufe des Krebsprogramms durchgeführt. Wesentliche Ziele sind: Bessere Zusammenarbeit von Kliniken und niedergelassenen Ärzten bei der Nachsorge von Krebskranken und bessere ambulante Versorgung von nicht mehr heilbaren Kranken mit Schmerztherapie und pflegerischen Leistungen.

### ■ Modellprogramm zur besseren Versorgung chronisch Kranker

Mit Haushaltsmitteln des Bundesarbeitsministeriums werden in rd. 70 Modellprojekten neue gesundheitspolitische Initiativen zur Prävention, zur Sicherung der

Qualität ärztlicher Behandlung von chronisch Kranken und zur Verbesserung der stationären Nachsorge chronisch Kranker gefördert. Die Krankenkassen haben sich bereit erklärt, erprobte Modelle schrittweise in die Regelfinanzierung zu übernehmen.

### ■ Verbesserung der Situation der Pflegekräfte in den Krankenhäusern

Eine erste Verordnung zur besseren Anrechnung der Krankenpflegeschüler auf den Stellenplan der Krankenhäuser (1:7) ist zum 1. Januar 1990 in Kraft getreten. Aufgrund der Verordnung können bundesweit rd. 5.000 neue Stellen für Krankenpflegekräfte in den Krankenhäusern geschaffen werden. Allein in Nordrhein-Westfalen, wo das Land bisher einen Schlüssel von nur 1:4 festgesetzt

hatte, werden 2.000 neue Stellen geschaffen.

Eine Verordnung zur besseren Personalausstattung der psychiatrischen Krankenhäuser mit rd. 5.000 zusätzlichen Stellen (Pflegekräfte, Psychologen, Beschäftigungstherapeuten, Sozialarbeiter, Ärzte) wird noch in diesem Jahr erlassen werden.

Während viele über die Situation der Pflegekräfte in den Krankenhäusern reden, hat die Bundesregierung gehandelt.

### Einnahmeüberschuß 1989

Die gesetzliche Krankenversicherung erzielte 1989 einen Einnahmeüberschuß von 9,4 Mrd. DM.

Dieser Überschuß wurde möglich, weil durch das Gesundheits-Reformgesetz die

## Einzelergebnisse des Jahres 1989

	1989	1988
	v. H.	v. H.
Leistungsausgaben insgesamt	— 3,9	6,9
davon		
ärztliche Behandlung	3,8	2,5
zahnärztliche Behandlung (ohne Zahnersatz)	— 0,5	3,6
Zahnersatz	— 46,6	52,4
Arzneien aus Apotheken	— 1,9	7,4
● Heil- und Hilfsmittel gesamt	— 11,2	12,6
darunter		
▶ Sehhilfen	— 43,9	23,4
▶ Hörhilfen	— 21,9	37,2
Stationäre Behandlung	2,7	2,9
Kuren insgesamt	— 26,2	12,9
Sterbegeld	— 41,1	2,6
Transportkosten	— 22,7	2,1
Grundlohn	3,6	3,4
Allgemeiner Beitragssatz	12,9	12,9



Gesamtausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung erstmals von 134,4 Mrd. im Jahre 1988 auf 129,9 Mrd. im Jahre 1989 sanken, also um 4,5 Mrd. DM.

4,9 Mrd. DM des Überschusses wurden im wesentlichen durch die gute Konjunktur (Entgeltsteigerung und Beschäftigungszunahme) und die damit einhergehenden Beitragsmehreinnahmen bewirkt.

Die Bedeutung des Überschusses von 9,4 Mrd. DM wird unter Hinweis auf überproportionale Ausgabenzuwächse, die 1988 in einigen Leistungsbereichen zu verzeichnen waren, von Kritikern in Zweifel gezogen.

Dazu ist folgendes zu sagen:

Es ist richtig, daß es vor allem in der zweiten Jahreshälfte 1988 in einigen Teilbereichen, so bei Zahnersatz, Brillen, Hörgeräten und Arzneimitteln, unter dem Eindruck der Reformdiskussionen zu Mitnahmeeffekten und vorgezogener Leistungsinanspruchnahme gekommen ist.

Die Auswirkungen dieser überproportionalen Ausgaben des Jahres 1988, die auch als „Blüm-Bauch“ bezeichnet werden, auf die Einsparungen des Jahres 1989 können nicht exakt nachgezeichnet werden. Aber selbst wenn man die Gesamtsumme des „Blüm-Bauches“ in Höhe von rd. 3 Mrd. DM von den Brutto-Einsparungen des Jahres 1989 abzieht, ergeben sich

7,6 Mrd. DM

— 3,0 Mrd. DM

4,6 Mrd. DM

also echte Einsparungen von 4,6 Mrd. DM aufgrund der Gesundheitsreform.

## Zitat

„Die Einheitsschule ist der Trabi des Bildungswesens — eng und langsam, veraltet und ideenlos, reparaturanfällig und umweltbelastend.“

Peter Heesen, Vorsitzender des  
Philologenverbandes in NRW

## SPD und Grüne wollen wieder mal die Mineralölsteuer drastisch erhöhen

**Zu der neuerlichen Ankündigung der SPD und der Grünen, die Mineralölsteuer drastisch erhöhen zu wollen, erklärte der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer:**

Die SPD bestätigt mit ihrer Ankündigung, die Mineralölsteuer drastisch zu erhöhen, ihren Ruf, die „Steuererhöhungspartei Deutschlands“ zu sein. Die Grünen versuchen mit einer Verteuerung des Benzins um fünf DM pro Liter den Abschied des Bürgers vom Auto durch Steuer-Folterung zu erzwingen. Nach den Plänen der Grünen würde der Liter Benzin stufenweise erhöht im Jahre 2000 etwa sechs DM kosten.

Eine derartige Politik muß als verantwortungslos bezeichnet werden. Sie stellt eine Kriegserklärung an die Menschen im ländlichen Raum dar, benachteiligt das deutsche Fernverkehrsgewerbe gegenüber den ausländischen Konkurrenten und isoliert die deutschen Seehäfen. Derartige Pläne entspringen einer realitätsfernen Ideologie.

Unsere Gesellschaft ist auf das Kraftfahrzeug angewiesen. So wäre die Entwicklung der ländlichen Räume ohne Pkw und Lkw nicht möglich gewesen. Wer dies bewußt ignoriert, betreibt eine rücksichtslose Politik zum Schaden unserer Bürger.

Gerade die Öffnung der innerdeutschen Grenze, die zu einer Verstärkung der verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Kontakte führte, würde einen empfindlichen Rückschlag erleiden. ■

# Die Luft ist sauberer geworden

**International nimmt die Bundesrepublik Deutschland im Umweltschutz in vielen Bereichen eine Vorreiterrolle ein. Dieses Fazit kann aus dem von Bundesumweltminister Klaus Töpfer vorgelegten „Umweltbericht 1990“ gezogen werden.**

Gute Nachrichten vermeldet der 683seitige Bericht insbesondere bei der Luftreinhaltung. Obwohl die Produktionsmengen der Industrie zunahmen, ist zum Beispiel die Luft sauberer geworden: Zwischen 1970 und 1989 wuchs das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik Deutschland um gut die Hälfte, trotzdem nahm im gleichen Zeitraum der Schadstoff-Ausstoß ab. 72 Prozent weniger Schwefeldioxid, 59 Prozent weniger Staub und 40 Prozent weniger Kohlenmonoxid gelangten in die Luft.

Nur bei den Stickoxiden, für die vor allem die Autos verantwortlich sind, kam es zu einer Steigerung von 15 Prozent. Die Trendwende durch den Katalysator sei zwar da, „aber noch nicht so ausgeprägt, wie wir das gerne wollen“, so der Bundesumweltminister.

Am Beispiel der Luftreinhaltung wird deutlich: Wirtschaftliches Wachstum und Umweltschutz sind keine Gegensätze.

Die Bedeutung des Umweltschutzes als Wirtschaftsfaktor nahm sogar weiter zu. Der „Umweltbericht 1990“ belegt diese Aussage mit eindrucksvollen Zahlen: 1988 waren insgesamt 35,7 Milliarden DM für den Umweltschutz ausgegeben. Mehr als die Hälfte kam dabei aus den Haushalten von Bund und Ländern. Der Anteil des Umweltschutzes am Bruttosozialprodukt beträgt heute 1,7 Prozent. Damit nimmt die Bundesrepublik Deutschland weltweit eine Spitzenstel-

lung ein. Nach den der OECD vorliegenden Zahlen gibt es bislang kein anderes Land, in dem ein so großer Teil der volkswirtschaftlichen Leistungen in den Umweltschutz fließt.

Auch bei den Arbeitsplätzen ergibt sich eine positive Bilanz. Für rund 24 Milliarden Mark wurden nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes 1988 Umweltschutzgüter und -leistungen hergestellt. Rund 190.000 Menschen bietet dieser Wirtschaftszweig in der Produktion einen sicheren Arbeitsplatz. Insgesamt, so Bundesumweltminister Töpfer, seien durch den Umweltschutz rund 500.000 Arbeitsplätze entstanden.

Der „Umweltbericht 1990“ zeigt aber auch auf, wo künftig noch Handlungsbe-

**Umweltministerium legt „Umweltbericht 1990“ vor**

darf besteht. Den großen Erfolgen bei der Luftreinhaltung und im Gewässerschutz stehen noch ungelöste Probleme beim Müllaufkommen gegenüber. „Wir müssen endlich auf die Bremse der Wegwerfgesellschaft treten“, umschrieb Umweltminister Töpfer das Ziel.

Die Menge des „klassischen“ Hausmülls ist zwar seit 1980 von 15 Millionen Tonnen auf immerhin 14 Millionen Tonnen zurückgegangen. Doch zusammen mit „hausmüllähnlichem“ Abfall — etwa aus Büros und Kantinen — ergab sich zwischen 1982 und 1987 eine Steigerung von 28,8 Millionen auf 31 Millionen Tonnen. In Zukunft, so der Bericht, werde es darauf ankommen, erheblich mehr Abfall sinnvoll zu verwerten. Die Wirtschaft könne und müsse außerdem Produktions-

## Bundesregierung fördert den Bau von Radwegen

Das Bundesverkehrsministerium unterstützt mit über einer Milliarde Mark ein umfangreiches Radwegeprogramm, das bis Ende 1990 den Bau von rund 3 000 Radwegen vorsieht. Das gesamte Radwegenetz an Bundesstraßen wird dann insgesamt rund 11 000 Kilometer umfassen.

Fahrräder gewinnen als Verkehrsmittel im Straßenverkehr eine immer größere Bedeutung. Radfahren ist eine wirtschaftliche und umweltfreundliche Alternative zum motorisierten Kurzstreckenverkehr und wird deshalb durch das Bundesverkehrsministerium gezielt gefördert. Das Rad ist nicht nur als Zubringer für S- und U-Bahnen ideal, sondern oft auch auf dem Weg zur Arbeit, zur Schule oder zur nächsten Bahnstation. Auf geringe Entfernungen ist das Fahrrad im Straßenverkehr kaum zu schlagen.

Damit Radfahrer sicher und bequem ans Ziel kommen, fördert der Bund den Bau von Radwegen mit einem umfangreichen Radwegeprogramm.

Ende 1990 werden bereits an rund 11 000 Kilometern Bundesstraßen Radwege zur Verfügung stehen. Jährlich kommen rund 300 Kilometer Radwege neu hinzu. Allein im Zeitraum 1986 bis 1989 wurden rund 1 280 Kilometer Radwege an Bundesstraßen in der Baulast des Bundes gebaut. Für Radwege, die nicht in seiner Baulast liegen, stellt der Bund Finanzhilfen

- nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
- nach Paragraph 5a des Bundesfernstraßengesetzes
- nach dem Städtebauförderungsgesetz und
- nach dem Arbeitsförderungsgesetz zur Verfügung.

Durch diese finanzielle Unterstützung des Bundes werden auch die Länder, Kreise und Gemeinden zu verstärktem Einsatz im Radwegbau angeregt.

**Dieter Schulte**, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr: Der Bund fördert im Interesse der Sicherheit der Radfahrer und zur Unterstützung des Fahrradverkehrs als bequeme Alternative zum motorisierten Verkehr den Radwegbau mit Nachdruck.

verfahren entwickeln und anwenden, bei denen spürbar weniger Müll entstehe. Bundesminister Klaus Töpfer: „Das Bundesumweltministerium bereitet in diesem Zusammenhang eine Rechtsverordnung zur Vermeidung von Verpackungsabfällen vor.“

Schwerpunkt wird es aber darüber hinaus in den nächsten Jahren vor allem sein, die notwendigen Beiträge zur Umweltsanierung der DDR zu leisten. „Ziel ist es, so

rasch wie möglich auch eine Umweltunion zu verwirklichen,“ so Minister Töpfer. Es ist bereits vereinbart, daß die „Daten zur Umwelt“, die für 1991 geplant sind, ein Gemeinschaftswerk sein werden.

**Die Kurzfassung des „Umweltberichtes 1990“ kann beim Bundesumweltministerium kostenlos abgerufen werden.**

# Töpfer und Steinberg für eine umfassende Sanierung der Elbe

Nach einer Klausurtagung des Bundesfachausschusses Umweltpolitik der CDU mit den Umweltministern der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, Klaus Töpfer und Karl-Hermann Steinberg, in Hitzacker an der Elbe erklärte der Vorsitzende des CDU-Bundesfachausschusses Kurt-Dieter Grill zu der dort gefaßten Entschließung „Sanierung der Elbe“:

Die Sanierung der Elbe muß ein Schwerpunkt in der Umweltunion mit der DDR werden. Die früher einmal möglichen Nutzungen des Elbwassers zur Trinkwassergewinnung, zur landwirtschaftlichen Bewässerung sowie des Elbschlamm für die Bodenverbesserung sind durch die starke Verschmutzung des Flusses nahezu unmöglich geworden. Diese Nutzungen sollen wieder Realität werden. Ebenso soll der frühere Artenreichtum der Elbe zurückgewonnen, und der hochwertige natürliche Ertrag der Elbfischerei gesichert und verbessert werden.

Gleichermaßen verlangt die zwingend notwendige Entlastung der Nordsee, insbesondere der Deutschen Bucht, eine nachhaltige Verringerung der Schadstofffracht der Elbe.

Wegen der Dringlichkeit des Schutzes der Elbe fordert die CDU sowohl die Europäische Gemeinschaft als auch die Regierungen der Elbanliegerstaaten und die Regierungen der anliegenden deutschen Länder auf:

- einer umfassenden Sanierung der Elbe höchste Priorität einzuräumen, mit dem Ziel, bis zum Jahr 2000 zumindest Gewässergüteklasse 2 zu erreichen,

- eine vollständige Erfassung und Analyse aller Einleitungen und flächenhaften Einträge in die Elbe vorzunehmen,
- für das gesamte Einzugsgebiet ein übergreifendes Sanierungskonzept zu entwickeln und Schwerpunktprogramme für kommunale und industrielle sowie für flächenhafte diffuse Belastungsquellen aus der Landwirtschaft aufzustellen und deren Durchführung finanziell sicherzustellen,
- ein Naturschutzkonzept für die Elbauen zu entwickeln und zu realisieren.

Die CDU fordert zur Durchsetzung dieser Ziele die baldige Gründung einer internationalen Kommission zum Schutz

*„Wir werden nicht die katastrophalen Umweltverhältnisse in der DDR als Alibi nehmen, unseren Umweltschutz in der Bundesrepublik Deutschland nicht weiterzuentwickeln. Es wird keine Atempause des Umweltschutzes bei uns geben.“*

**Klaus Töpfer**

der Elbe nach dem Vorbild der Internationalen Rheinschutzkommission.

Bund und Länder werden aufgefordert, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die Anstrengungen in der DDR und der CSFR zur Entlastung der Elbe auch finanziell zu unterstützen.

In die Novelle des Abwasserabgabengesetzes ist für die Restverschmutzungsabgabe eine Kompensationsregelung für die DDR aufzunehmen.

Asylbewerberzahlen April 1990:

## Rückgang um ein Drittel

Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge hat im Monat April 1990 10 443 Asylbewerber (Vormonat: 15 653) registriert. Hauptherkunftsländer sind:

Türkei	1 750 (Vormonat: 2 585)
Jugoslawien	1 249 (Vormonat: 2 428)
Libanon	953 (Vormonat: 1 345)
Rumänien	746 (Vormonat: 458)
Vietnam	690 (Vormonat: 1 259)
Polen	656 (Vormonat: 1 146)

Hierzu erklärte Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble: „Der deutliche Rückgang der Asylbewerberzahlen um ein Drittel im letzten Monat ist erfreulich. Allerdings liegen die Zahlen in den ersten vier Monaten 1990 mit insgesamt 54 183 Asylbewerbern gegenüber dem Vorjahreszeitraum (43 158) immer noch auf sehr hohem Niveau. Deshalb muß für eine umfassende Beurteilung der Aprilzahlen die weitere Entwicklung in den nächsten Monaten abgewartet werden.“

## Beschleunigte Verfahren

Der Rückgang ist besonders bei den Hauptherkunftsländern Türkei, Jugoslawien und Polen festzustellen. Möglicherweise wirkt sich hier bereits die zwischen den Innenministern von Bund und Ländern vereinbarte Verfahrensbeschleunigung aus.

Das beschleunigte Verfahren hat bei den Hauptherkunftsländern zu einer erheblichen Verkürzung der Verfahrensdauer geführt. Sie beträgt jetzt im Regelfall 4 Wochen. Etwa 25 Prozent aller Verfahren werden zur Zeit beschleunigt abgewickelt. Dieser Anteil wird sich in der nächsten Zeit noch vergrößern. ■

## Fußball-WM-Kalender '90

Die Fußballweltmeisterschaft in Italien steht unmittelbar bevor. Am Freitag, dem 8. Juni, wird das Eröffnungsspiel zwischen Argentinien und Kamerun im Meazza-Stadion in Mailand angepfiffen. Deshalb haben Sie nicht mehr viel Zeit, wenn Sie unseren Fußball-WM-Kalender noch rechtzeitig verteilen wollen.

Wie bei der letzten WM steht auch diesmal wieder in handlicher Form ein Kalender zur Verfügung, in dem sich u. a. Spielpaarungen, Termine und Fernsehzeiten finden. Fußball-Fans können die einzelnen Spielergebnisse selber in Tabellen eintragen.

**Besonders wichtig:** Der Einsendeschluß des Preisausschreibens auf dem Kalender, bei dem es Karten für die Bundesliga zu gewinnen gibt, ist der **7. Juli 1990**.

Der Kalender kann bei unserem **IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold**, bezogen werden.

Bestell-Nr.: **2228**

Mindestbestellmenge: 250 Expl.

Preis pro Mindestbestellmenge:

25,— DM (ohne MwSt. inkl. Versand)

## Dokumentation zum Thema Weiterbildung

Die Dokumentation „Leitsätze zur Weiterbildung“ (Beschluß des Bundesfachausschusses Kulturpolitik vom 2. April 1990) im grünen Teil dieser Ausgabe kann in Broschüre-Form in unserem **IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold**, bezogen werden.

Bestell-Nr.: **5254**

Mindestbestellmenge: 50 Expl.

Preis pro Mindestbestellmenge:

10,— DM zuzügl. MwSt.

# 10 GUTE NACHRICHTEN FÜR ALLE BÜRGER:

**1.** Die Wirtschaft wächst auch im achten Jahr der Regierung Helmut Kohls weiter, in diesem Jahr um rund 3,5 Prozent.

**2.** Seit 1983 wurden 1,7 Mio. Arbeitsplätze neu geschaffen. Die Beschäftigung liegt mit rund 28 Millionen Erwerbstätigen auf Rekordniveau.

**3.** Die Arbeitslosenzahlen sinken. Und das, obwohl mehr Personen auf den Arbeitsmarkt kommen. Jugendarbeitslosigkeit ist kein Thema mehr. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen ist deutlich zurückgegangen.

**4.** Die Arbeitnehmerinkommen steigen. In diesem Jahr haben die Arbeitnehmer rund 12 Prozent mehr Lohn und Gehalt im Geldbeutel als 1985.

**5.** Keine Regierung hat vorher so viel für die Familie getan wie die Regierung von Bundeskanzler Helmut Kohl. Heute erhalten Familien mit Kindern jährlich 18 Milliarden Mark mehr an familienpolitischen Leistungen als Mitte der achtziger Jahre.

**6.** Die Sozialkassen sind wieder voll. 16 Milliarden Mark Überschuß wurde 1989 erzielt. Das heißt, das soziale Netz ist wieder sicher.

**7.** Die Krankenversicherung ist gesund. Jeder kann sich darauf verlassen, daß die Krankenkosten bezahlbar bleiben und die Beiträge sinken.

**8.** Die Rentenkassen sind wieder voll. Mit 25,8 Milliarden Mark Ende 1989 hatte die Rentenversicherung 10,8 Milliarden Mark mehr an Rücklagen als 1983.

**9.** Mit der Rentenreform haben wir die Renten fit für die Zukunft gemacht. Ab 1992 werden Pflegezeiten erstmals im Rentenrecht berücksichtigt und statt bisher einem Kindererziehungsjahr werden für Kinder, die ab 1992 geboren werden, 3 Jahre anerkannt.

**10.** Die deutsche Einheit sichert den wirtschaftlichen Aufschwung für die Zukunft. Experten im In- und Ausland erwarten in kurzer Zeit einen großen Wachstumsschub im geeinten Deutschland.

## **SPD, Partei der Nein-Sager und Miesmacher. Erinnern Sie sich noch?**

»Dieser Kanzler schafft den Aufschwung nie.« (SPD-Bundestagsfraktion am 24. Februar 1983)

»Die Bundesregierung führt die deutsche Wirtschaft in die Rezession.« (SPD-Parteivorstand am 24. Februar 1987)

»Nach dem 1. Januar darfst du nicht mehr krank werden.« (SPD-Flugblatt, November 1988)

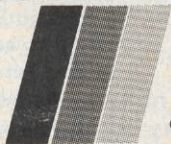
»Wenn die Bundesregierung so weiterwirtschaften würde wie bisher, dann wären die Rentenkassen in einigen Jahren pleite.« (SPD-Flugblatt, März 1989)

**Und wieder irrt sich die SPD, wenn sie in der deutschen Einheit nur Probleme und Risiken, aber nicht die Chancen sieht.**

Die Regierung Helmut Kohl ist auf Erfolgskurs für Deutschland.

## Wir sagen Ja zur Zukunft!

# CDU



Die  
Zukunft

# WORT GEHALTEN: WIRTSCHAFTS-, WÄHRUNGS- UND SOZIALUNION KOMMT

Die Bundesregierung und die Regierung der DDR haben sich geeinigt: die Eckpunkte für die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion ab dem 2. Juli 1990 stehen. Helmut Kohl hat Wort gehalten. Ein großer Schritt auf dem Weg zur deutschen Einheit ist getan.

Das sind die Fakten:

- Löhne und Gehälter werden im Verhältnis 1:1 umgestellt.
- Die Renten werden dem Rentensystem in der Bundesrepublik Deutschland angepaßt, d.h. 70 Prozent des durchschnittlichen Nettoarbeitsverdienstes eines Arbeitnehmers in der DDR bei 45 Versicherungsjahren.
- Bargeld und Sparguthaben werden nach dem Alter gestaffelt umgetauscht:
  - für Kinder bis 14 Jahre pro Kopf 2000 Mark,
  - für über 60jährige pro Kopf 6000 Mark,
  - für alle übrigen Personen pro Kopf 4000 Mark im Verhältnis 1:1. Alles, was darüber hinaus geht, wird im Verhältnis 2:1 umgetauscht.
- Verbindlichkeiten der Betriebe werden im Verhältnis 2:1 umgestellt.

»Die Banken begrüßen die schnelle Entscheidung der Bundesregierung zur Währungsunion. Das Angebot stellt eine gute Balance zwischen ökonomisch Machbarem und politisch Notwendigem dar.«

(Wolfgang Röllner, Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken, 25. 4. 1990)

Die Menschen in der DDR können jetzt in ihrer Heimat bleiben und tatkräftig am Wiederaufbau der DDR mitarbeiten. Sie erhalten gutes Geld für gute Arbeit.

Wirtschaftsexperten im In- und Ausland sagen, daß die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion ein großes Konjunkturprogramm auch für die Wirtschaft in der Bundesrepublik bedeutet, d.h.:

- mehr Wachstum
- mehr Arbeitsplätze
- höhere Einkommen.

»Wenn die Deutschen eine Wirtschafts- und Währungsunion haben, bedeutet das nichts anderes als ein riesiges Investitionsprogramm.«  
(Hans-Jörg Rudloff, Chef der Bank Credit Suisse-First Boston, in: Der Spiegel, v. 9. 4. 1990)

Und vor allem: Die Leistungen für die DDR werden ohne Steuererhöhungen oder Kürzungen bei den Sozialleistungen finanziert. Dafür steht Bundeskanzler Helmut Kohl.

## **Keine Steuererhöhungen nötig**

Wegen der guten Wirtschafts- und Finanzpolitik der CDU sind Steuererhöhungen zur Finanzierung der Hilfen für die DDR nicht erforderlich. Dies stellen übereinstimmend die fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in ihren jüngsten Gutachten fest.

**DIE DEUTSCHE EINHEIT: EIN ZUKUNFTSPROGRAMM FÜR ALLE DEUTSCHEN!**

# CDU

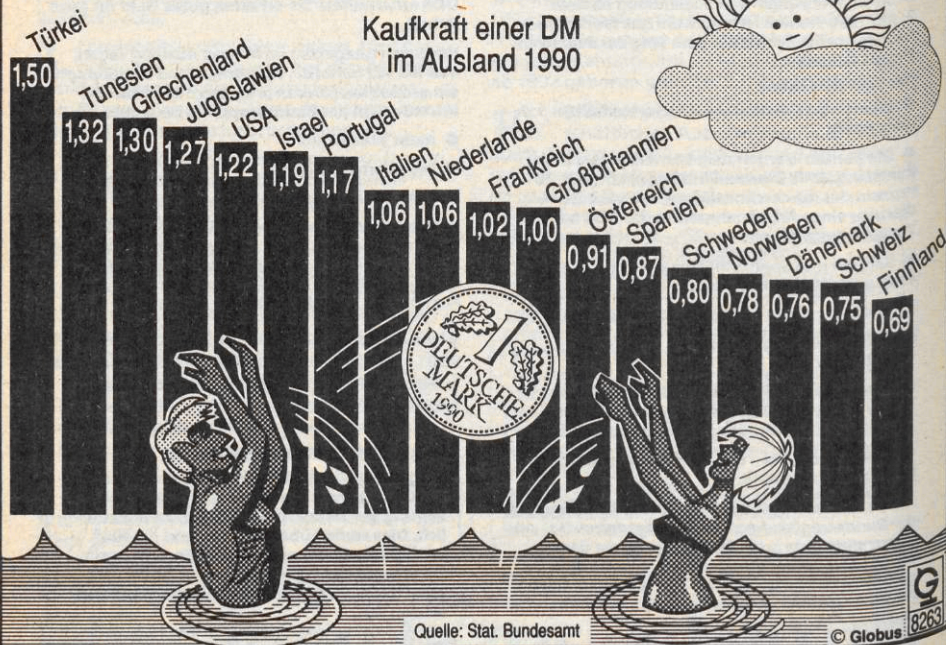


Die  
Zukunft

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

## Mit der D-Mark in den Urlaub

Kaufkraft einer DM  
im Ausland 1990



Wer ins Ausland reisen will, dem hilft das Statistische Bundesamt bei den Vorbereitungen. Es errechnet nämlich regelmäßig, wie hoch die Kaufkraft einer DM (umgetauscht in Devisen) im jeweiligen Reiseziel ist. Die jüngsten Ergebnisse zeigen: Die Türkei ist das mit Abstand billigste Reiseziel. Teuer wird es in den skandinavischen Ländern und in der Schweiz.

# UID

16/90

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.